

Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

Verteidigung der Macht mit harter Hand

Der Präsident der Malediven, Abdulla Yameen, verteidigt seine Macht mit harter Hand. So hat er seinen Halbbruder und ehemaligen Präsidenten ins Gefängnis werfen lassen. Im September des Jahres stehen Präsidentschaftswahlen an, und die Regierungspartei versucht, die parlamentarisch demokratischen Kräfte von einem Erfolg an den Wahlurnen abzuhalten. Menschenrechtsverletzungen nehmen rapide zu. Präsident Yameen instrumentalisiert die Justiz immer stärker für seinen Machterhalt. Die Meinungs- und Pressefreiheit ist drastisch eingeschränkt. Das Land driftet in die Hände von Islamisten. Von freien und fairen Wahlen im September 2018 kann daher nicht ausgegangen werden. Befürchtungen, der verhängte Ausnahmezustand würde sich negativ auf den Tourismus auswirken, haben sich nicht bewahrheitet. Die Ankunftsahlen von Touristen nehmen zu, die Wirtschaft scheint bisher keinen Schaden durch die innenpolitischen Auseinandersetzungen genommen zu haben. Um den stark wachsenden Einfluss Chinas auf den Malediven zurückzudrängen, hat Indien noch keine Schritte unternommen.

Zwei Verfassungsrichter und Polizeipräsident verhaftet

Anfang Februar 2018 hatten die höchsten Richter des Landes eine Reihe einsitzender, oppositioneller Mitglieder ehemaliger Regierungen, darunter den ehemaligen Präsidenten und 82-jährigen Halbbruder, Mamoon Abdul Gayoom, des gegenwärtigen Präsidenten Abdulla Yameen, wieder auf freien Fuß gesetzt. Sie hatten ferner geurteilt, zwölf suspendierten Mitgliedern des nationalen Parlaments (Machlis) sei voller Zugang zu ihren Aufgaben und Funktionen im Parlament zu gewähren. Präsident Yameen empfand das als einen Staatsstreich mit den Mitteln des Gesetzes. Er verkündete am 5.2.2018 den Ausnahmezustand und ließ die beiden höchsten Richter des Verfassungsgerichts und den Polizeipräsidenten, der die Freilassung der Gefangenen aufgrund des Gerichtsbeschlusses veranlasst hatte, unter Hinweis auf die Anti-Terroristengesetzgebung einsperren. Der Ex-Präsident Gayoom, sein Sohn, sein Schwiegersohn sowie drei oppositionelle Parlamentarier mussten zurück ins Gefängnis. Polizei und Militär hinderten die zwölf rehabilitierten

Parlamentarier, wieder an Parlamentssitzungen teilzunehmen. Der Präsident vertrat die Ansicht, nur mit den Mitteln des Ausnahmezustandes würde die Wahrheit über den Staatsstreich ans Licht gebracht werden können. Die Richter wurden zu fast fünfmonatigen Haftstrafen verurteilt, jedoch aufgrund anderer Vorwürfe. Die Terrorismus-Anklagen konnten bis dato nicht nachgewiesen werden. Der Ausnahmezustand wurde am 22. März wieder ausgesetzt. Alle Parlamentarier der Oppositionsparteien haben ihre Teilnahme an Parlamentssitzungen bis auf Weiteres abgesagt, sodass zurzeit Abstimmungen mit den 33 Stimmen der Regierungspartei durchgeführt werden. Für eine Stimmenmehrheit im 85 Mitglieder umfassenden Parlament sind 43 Stimmen erforderlich. Das Parlament ist somit eigentlich nicht arbeitsfähig, ein Umstand, den die Regierung ignoriert.

Präsidentschaftswahlen im September 2018

Die NRO *Transparency Maldives* führte themenorientierte Gruppendiskussionen mit den Bewohnern von fünf Inseln durch und erstellte einen Bericht über die Chancen für freie und faire Präsidentschaftswahlen. *Transparency Maldives* befragte darüber hinaus gesellschaftliche Institutionen, politische Parteien, Medien usw. Die Regierungspartei, die Staatsanwaltschaft, die Anti-Korruptionsbehörde, die staatlichen Medien usw. haben sich nicht an der Umfrage beteiligt. Der Ende Mai vorgestellte Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die Bürger der Malediven keine freie und faire Präsidentschaftswahl erwarten können. So werden alle Staatsangestellten bei Androhung des Verlustes ihrer Jobs angehalten, Präsident Yameen ihre Stimme zu geben. Behörden setzen Bürger mit Wissen über deren Fehlverhalten unter Druck, die Regierungspartei zu wählen. Die begehrten, neu entstehenden Wohnungen auf der Flughafeninsel Hulhumale werden über Listen der Regierungspartei vergeben. Diese Praxis des Stimmenkaufs ist verbreitet und angesichts der geringen Einkommen vieler Menschen sehr effektiv. Die staatliche Wahlkommission wird von der Regierung beherrscht, die Medien sind gleichgeschaltet, beziehungsweise werden durch Anti-Terrorgesetze und hohe Geldstrafen für unerwünschte Berichterstattung eingeschüchtert. Journalisten werden bedroht, den Oppositionsparteien wird kein Raum in den Nachrichtenmedi-

en gegeben. Die Beteiligung von Frauen ist extrem niedrig, ihr Anteil an den Parlamentssitzen liegt bei etwa sechs Prozent. Die Führer der Opposition werden nicht als Kandidaten zur Wahl zugelassen, sie wurden zu teilweise langen Gefängnisstrafen verurteilt. Selbst wenn eine Allianz der Opposition einen gemeinsamen Kandidaten aufstellt, wird er für die Wahlen disqualifiziert.

Neuer Chef der staatlichen Wahlkommission

Im März wurde der ehemalige Generalsekretär einer früheren Partei von Präsident Yameen und heutiger Abgeordneter seiner Partei, Ahmed Shareef, vom Präsidenten als Chef der staatlichen Wahlkommission vorgeschlagen, von seinen vier Kollegen gewählt und vom Parlament mit 33 Stimmen bestätigt. Die Opposition sieht in ihm einen „bloßen Lautsprecher“ Präsident Yameens und traut ihm keine unparteiische Amtsführung zu.

Kandidatur von Mohamed Nasheed

Die Auseinandersetzung um die Wahlen ist inzwischen voll entbrannt. Kandidaten, die sich über Parteilisten zur Präsidentschaftskandidatur aufstellen lassen, müssen zuvor von den Mitgliedern ihrer Parteien gewählt worden sein. Diese *Primaries* genannten, parteiinternen Wahlen wurden von der *Maledivian Democratic Party* am 30. Mai abgeschlossen. Dabei entfielen 44.000 von 50.000 möglichen Stimmen auf den momentan exilierten, ehemaligen Präsidenten Mohamed Nasheed (der 2013 in einer weltweit kritisierten Wahl vom gegenwärtigen Präsidenten Yameen besiegt wurde). Die staatliche Wahlkommission hatte derweil die Präsidentschaftskandidatur von Mohamed Nasheed ausgeschlossen, da er 2015 zu 13 Jahren Haft verurteilt worden war. Mohamed Nasheed soll während seiner Amtszeit als Präsident die Entführung eines Richters befohlen haben. Das Gerichtsurteil ist unter anderem von der UN-Menschenrechtskommission für politisch motiviert und nichtig bezeichnet worden. 2016 gelang es auf Druck der EU und der USA, Mohamed Nasheed aus dem Gefängnis zur medizinischen Behandlung nach Großbritannien auszufliegen, wo ihm politisches Asyl gewährt wurde. Sollte die Partei Nasheed dennoch als Präsidentschaftskandidat aufstellen, will die Wahlkommission beim Verfassungsgericht die Auflösung der Partei beantragen. Nach dem Gesetz können verurteilte Straftäter sich nicht zu Wahlen aufstellen lassen. In der gegenwärtigen Situation blockiert das im Effekt alle vier Führer der

Oppositionsparteien, sich als Kandidaten aufstellen zu lassen, sodass sich einzig der Amtsinhaber zur Wahl stellen kann. Im Richterspruch des zu dem Zeitpunkt noch voll besetzten Verfassungsgerichts vom 2. Februar 2018 wurde das Urteil gegen Mohamed Nasheed für nichtig erklärt, was zu den oben genannten Repressionen des Präsidenten gegen die obersten Richter führte. Die verbliebenen drei des normalerweise mit fünf Mitgliedern besetzten Verfassungsgerichts haben dieses Urteil nachträglich auf Druck des Präsidenten wieder kassiert. Mohamed Nasheed rechtfertigt seine Präsidentschaftskandidatur trotz Vorstrafe damit, dass seine Verurteilung vom voll besetzten Verfassungsgericht für nichtig erklärt worden sei. Der Beschluss könne von einem teilbesetzten Gericht mit denselben Richtern nicht wieder außer Kraft gesetzt werden.

Mohamed Nasheed hat angekündigt, im Falle seiner Wahl zum Insel-Präsidenten drei zentrale Politiken zu verfolgen. Er will ein Gesetz, das den Verkauf von Land an Nicht-Malediver ermöglicht, rückgängig machen, zugunsten von langfristigen Pachtverträgen. Damit soll vor allem dem Ausverkauf der sehr kleinen Landmasse der Inseln an reiche Araber, Chinesen usw. und ihren Firmen ein Riegel vorgeschoben werden. Nasheed hat das ökonomische Konzept der *blue economy* eingeführt, auf dessen Basis bei einem Wahlsieg wirtschaftliche Strategien entwickelt werden sollen. Neben dem Tourismus sollen nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten auf den Inseln stärker gefördert werden. Das an die US-amerikanische Präsidialdemokratie angelehnte politische System der Malediven soll ferner schrittweise in einen partiendemokratischen Staat mit starken föderalen Elementen umgewandelt werden, in dem Parteien sich auf ein Regierungsprogramm, eine Regierung und einen Präsidenten einigen.

Ausland fordert faire Wahlen

Die UN, die EU, das britische Parlament, die Botschafter Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Hollands, Rumäniens, Kanadas und der Vereinigten Staaten von Amerika haben die Malediven und die dortige Wahlkommission aufgefordert, freie und faire Wahlen sicherzustellen sowie Mohamed Nasheed und den anderen Oppositionsführern, die im Zusammenhang mit ähnlichen politisch motivierten Gerichtsverfahren angeklagt sind oder einsitzen, ihre konstitutionellen Rechte wieder voll zu gewährleisten. Präsident Yameen wird ein manipulatives Verhältnis zur Justiz vorgeworfen, die er zum Erhalt seiner Macht

missbraucht. Insbesondere britische Parlamentarier forderten Sanktionen und Reisebeschränkungen gegen einzelne Politiker aus den Malediven. Das Außenministerium des Landes hat die Vorwürfe empört zurückgewiesen.

Einschränkungen der Pressefreiheit

Die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit durch die gegenwärtige Regierung begann bereits 2016, als sie mit Parlamentsmehrheit das Gesetz gegen die Diffamierung in den Medien und die Meinungsfreiheit verabschiedete. Kern dieses Gesetzes sind empfindliche Geldstrafen für Rundfunk- und Fernsehstationen und Zeitungsverlage bei Diffamierung insbesondere von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Politik. Die Geldstrafen sind dazu geeignet, Medien in den Konkurs zu treiben. Mit dem Gesetz wurden ferner regierungsbesetzte Selbstverwaltungsgremien geschaffen, die „Maledivische Rundfunkkommission“ und der „Maledivische Medienrat“ zur Überwachung von Print- und Online-medien. Das Gesetz stellt keine klare Abgrenzung zwischen Berichterstattung/Information und Diffamierung zur Verfügung. Bisher haben die Strafen von etwa einer halben Million Euro den Fernsehstation *Raajjee TV* getroffen, einen Oppositionssender, der bereits mehrere Male mit Strafen belegt wurde. Der Sender konnte die Strafen nur zahlen, weil oppositionelle Malediver in einen „Diffamierungsfonds“ beim Sender einzahlen. Bei den Rundfunkmedien macht das Gesetz den jeweiligen Sender für die ausgestrahlten Beiträge verantwortlich, nicht den Autor oder Vortragenden, weshalb alle Beiträge nun mit circa zwei Minuten Verzögerung gesendet werden, für den Fall, dass mögliche Diffamierungen unverständlich gemacht werden müssen. Die Medien, gleich ob Print, Online oder Fernsehen, sind weitgehend gleichgeschaltet. Sendezeit für die Opposition wird kaum gewährt. Die neueste Anweisung der Rundfunkkommission ist das Verbot, die Reden und politischen Kampagnen verurteilter und einsitzender Oppositionspolitiker zu übertragen. Damit greift die Rundfunkkommission direkt in den Wahlkampf ein und beschränkt die Kommunikationsmöglichkeiten der Opposition. Allerdings scheinen diese Verbote nicht vom Gesetz abgedeckt zu sein, sodass Oppositionssender dagegen klagen.

Der Nächste bist Du...

Die Malediven haben ein großes Problem mit Hass und Gewalt in den sozialen Medien. Die Familien

zweier heimtückisch erstochener beziehungsweise entführter und ermordeter Journalisten von *Raajjee TV* (Yameen Rasheed) und *Maldives Independent* (Ahmed Rilwan) erhalten weiterhin Hassmails. Auch andere als säkular bekannte Persönlichkeiten werden jeden Tag in islamistischen Hassbotschaften mit Enthaupten bedroht. Ein Artikel in der Zeitschrift „die Wahrheit“ wurde auf Facebook viral geteilt. Er forderte: Kein Verständnis für Yameen Rasheed, weil er die Religion lächerlich machte. Ungläubigkeit und die Religion der Lächerlichkeit preisgeben sind todeswürdige Verbrechen im Islam, schrieb der Autor und hängte einschlägige Koranverse an. Menschenrechtsadvokaten in den Malediven fürchten eine islamistische Radikalisierung, wenn die Regierung nicht eingreift, insbesondere jetzt vor den Wahlen.

Verschlechterung der Menschenrechtslage

Vertreter/-innen des Internationalen Bundes für Menschenrechte (FIDH) reisten im April 2018 auf die Malediven und stellten unter anderem fest, dass der wachsende und unkontrollierte Trend in Richtung einer radikalen Interpretation des Islam eine schwierige Situation für viele Gruppen in der Gesellschaft, besonders aber für Frauen, geschaffen hat. Häufige Belästigungen, Drohungen und Einschüchterungen durch die Behörden und von selbst ernannten Verteidigern des Islam und in den sozialen Medien führen zu einem feindlichen und gefährlichen Umfeld für Menschenrechtler und Oppositionelle. Die Meinungsfreiheit ist stark eingeschränkt, Menschenrechtsverteidiger werden häufig angegriffen, der politische und soziale Spielraum der Zivilgesellschaft verkümmert. Ein Klima der Angst ist nun geschaffen, das viele Formen des politischen und sozialen Aktivismus verhindert.

Mindestens 29 politische Gefangene sitzen in den Malediven ein, darunter zwei ehemalige Präsidenten und Vizepräsidenten, ein ehemaliger Verteidigungsminister, Oberstaatsanwalt, die beiden höchsten Richter des Landes sowie zahlreiche Abgeordnete, alle Führer von Oppositionsparteien sowie Medienschaffende. Die Regierung bestreitet jedoch die Existenz von politischen Gefangenen auf den Malediven.

Der Abgeordnete Ahmed Mahloof etwa steht wegen drei Anklagen vor Gericht. Er wird unter anderem beschuldigt, die Gefängnisverwaltung und den Gefängnisdirektor des Maafushi-Gefängnisses diffamiert zu haben. Er hatte sie für den Tod von

zehn Gefangenen in nur einem Jahr verantwortlich gemacht. In Maafushi, hatte er getweetet, sterben die Gefangenen nicht, sie werden umgebracht. Sein Rechtsanwalt wurde von dem Verfahren ausgeschlossen, weil er in einem Tweet beklagt hatte, dass das Gericht seine Verfahrensanträge ohne Prüfung ablehne. Mahloofs Fall wird von Amnesty International als völlig unbegründet und ausschließlich politisch motiviert bezeichnet. Mahloof ist auch der Rädelsführerschaft unter dem Terrorismusgesetz angeklagt, weil er eine Demonstration vor dem Maafushi-Gefängnis angeführt hat. Darauf stehen 17 bis 20 Jahre Gefängnis. Weitere Klagen, etwa für das Verteilen von Masken bei einer Demonstration am 22. Februar, also während des Ausnahmezustandes, in der Hauptstadt Male sind ebenfalls anhängig.

Kommission zur Wiederbeschaffung von gestohlenem Staatsvermögen

Auch auf anderen Feldern werden Oppositionspolitiker verfolgt. Die Regierung hat im Juli 2017 eine Kommission zur Wiederbeschaffung von gestohlenem Staatsvermögen einberufen. Diese hat sich daran gemacht, teilweise 27 Jahre alte Korruptionsaffären neu zu untersuchen, die sich unter Präsident Gayoom, dem Halbbruder des Präsidenten, ereignet hatten. Gerade hat der Präsident die Amtszeit der Kommission um drei Monate verlängert. Sie hat Forderungen von insgesamt 1,9 Milliarden US-Dollar an gestohlenem Vermögen aufgelistet, das hauptsächlich durch ein ehemaliges staatliches Fischereimonopol und die ehemalige staatliche maledivische Fluggesellschaft von heutigen Oppositionspolitikern über viele Jahre hinweg abgezweigt worden sein soll. Der dem gegenwärtigen Präsidenten anhaftende Skandal um die Aneignung von etwa 90 Millionen US-Dollar Pachtzinsen für verpachtete Atolle während seiner Amtszeit gehört nicht zum Untersuchungsauftrag der Kommission.

Chinas Einfluss auf den Malediven wächst

Das 1,39 km lange Vorzeigeprojekt der gegenwärtigen Regierung ist die Verbindungsbrücke zwischen der Hauptstadt Male und der in der Nachbarschaft liegenden Flughafeninsel Hulhumale, die unbedingt noch vor den Wahlen fertiggestellt werden soll. Der Bau der Brücke durch eine chinesische Baufirma ist mit knapp 200 Millionen US-Dollar veranschlagt, von denen China den Malediven einen Zuschuss von 113 Millionen gewährt. 71 Millionen werden durch einen Kredit der chinesischen Exim Bank aufgebracht, und

den Rest trägt der maledivische Staat bei. Separat werden auf der Flughafeninsel 36 Wohntürme mit 7000 Wohnungen gebaut, ebenfalls mit Hilfe chinesischer Kredite und Baufirmen. Der ehemalige Präsident Nasheed, im Exil in Sri Lanka, hat davor gewarnt, die Malediven könne das gleiche Schicksal wie Sri Lanka ereilen. Sri Lanka konnte 2015 einen chinesischen Kredit nicht begleichen und musste daher an der Nordostküste des Landes einen Hafen für einen chinesischen Marinestützpunkt langfristig verpachten. Indien, in dessen geopolitischer Einflussosphäre Sri Lanka liegt, schritt nicht ein.

Wie erwähnt, verhängte Präsident Nayeem Anfang Februar des Jahres den Ausnahmezustand wegen der höchststrichterlichen Aufhebung der Gerichtsurteile gegen neun führende Oppositionspolitiker. Der ehemalige Präsident Yasheed forderte daraufhin den großen Nachbarn Indien auf, einen Emissär mit militärischer Unterstützung ins Land zu schicken, um die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen. Indien hat nichts unternommen. Aber die außenpolitischen Beziehungen zwischen den Malediven und Indien sind seither und waren schon zuvor merklich abgekühlt. Präsident Nayeems Annäherung an China wird mit unverhohlenem Misstrauen gesehen. Weder die indische Außenministerin noch der indische Premier haben die Malediven seither besucht. China andererseits hat die Aufforderung Yasheeds zur Intervention zum Anlass genommen, durch einschlägige Presseorgane eine eindeutige Warnung an Indien auszusprechen, man werde eine militärische Intervention Indiens, die nicht durch die UN gedeckt ist, mit geeigneten Mitteln unterbinden. Die geopolitische Spannung im Indischen Ozean steigt an.

Kredit durch Saudi Arabien und VAE

Im März hatten Saudi Arabien und die Vereinten Arabischen Emirate einen Großkredit für die Malediven in Höhe von 160 Millionen US-Dollar angekündigt. Der Flughafen und die Fischerei waren unter anderem als begünstigte Empfänger aufgeführt. Saudi Arabien hatte bereits 2017 in ein luxuriöses Feriendomizil auf einem Atoll investiert. Nun wurde gemunkelt, Saudi Arabien könnte mit einer so hohen Summe Land erworben haben. Die Regierung der Malediven hatte 2015 ein Gesetz geändert, dass solche Gelegenheiten im Auge hatte. Demnach können auch Personen oder Firmen aus dem Ausland Land erwerben, wenn sie eine Milliarde US-Dollar in den Inselstaat investieren.